

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

CA/238/89

12. Dezember 1989

ENTWURF

PV/89/13

VERWALTUNGSRAT

Protokoll der Sitzung vom Dienstag, dem 7. November 1989,
um 9.30 Uhr, in Luxemburg

10. DIE ROLLE DER BANK IN DEN 90ER JAHREN

Der PRÄSIDENT erläutert, daß die Unterlage 89/510 dem Verwaltungsrat zur Vorbereitung einer Notiz über die Erhöhung des Kapitals der Bank übersandt wurde. Die heute zu behandelnde Unterlage soll darlegen, wie die Bank in der Gemeinschaft zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaftspolitik, insbesondere der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und der Vollendung des Binnenmarktes, beiträgt. Sie geht nicht auf die Tätigkeit der Bank außerhalb der Gemeinschaft ein. Auch in den Bereichen, die in der Unterlage behandelt sind, ist keine erschöpfende Antwort auf alle Fragen zu erwarten. Fragen und Anregungen, die einige Verwaltungsratsmitglieder im voraus eingereicht hatten, wurden bereits berücksichtigt. Fragen, die Herr SAMUEL-LAJEUNESSE in einem Schreiben vom 2. November 1989 zu drei Hauptbereichen

(Tätigkeit der Bank im allgemeinen, Finanzierungen in der Gemeinschaft und Finanzierungen außerhalb der Gemeinschaft) gestellt hat, wurden zum Teil bereits in der Unterlage abgehandelt oder sollen in der Sitzung erörtert werden. Die heutige Aussprache ist lediglich die erste Phase der Vorbereitung der Kapitalerhöhung; die Diskussion wird mit weiteren Beitrüen aller Interessierten fortgesetzt werden.

Herr SARCINELLI eröffnet die Diskussion und teilt mit, daß er einleitend zu allen Teilen der Vorlage Stellung nehmen möchte. Der Bericht sei knapp und klar und zeige seiner Meinung nach, daß sich die Bank - auch wenn einige Punkte noch vertieft werden müßten - insgesamt in der richtigen Richtung bewege.

Aus seiner Sicht ist die ausgewogene regionale Entwicklung eines der wichtigsten Ziele der Bank, das nicht ausgehöhlt werden dürfte. Er betont, daß es bei der Zielsetzung Umwelt (bzw. "Lebensqualität"), einem weiteren wichtigen Ziel der Bank, nicht nur um Schutz und Erhaltung, sondern auch um eine Verbesserung der Umwelt gehen müsse.

Der in Aussicht genommene größere Beitrag der Bank zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sollte insbesondere im Industriebereich nicht zu Konflikten mit dem privaten Finanzsektor führen. In diesem Zusammenhang ist er der Ansicht, daß Osteuropa ein größeres Betätigungsfeld darstellen könnte, wo nicht nur Infrastrukturvorhaben, sondern auch industrielle Sanierungsvorhaben erforderlich seien. Unter Bezugnahme auf die von Präsident Mitterand vor kurzem erwähnte Gesamteuropäische Investitionsbank fragt er sich, warum eine neue Institution notwendig sei, wo doch die Bank bereits über ausreichende Erfahrung und Sachkenntnis für die Übernahme derartiger Aufgaben verfüge.

In dem Maße, in dem Großunternehmen die Finanzmärkte zunehmend direkt in Anspruch nehmen können, werden die KNUs seiner Ansicht nach als Kunden der Bank wichtiger werden. Dies sei zwar durchaus erwünscht, doch gibt er zu bedenken, daß dafür möglicherweise auch zusätzliches Personal mit dem entsprechenden Know-how erforderlich werden könnte.

Die Bank könne als der operationelle Arm der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Auswahl, Prüfung und Überwachung von Projekten gesehen werden. Er finde jedoch den in diesem Zusammenhang gebrauchten Ausdruck "value added" (verstanden in seiner technischen Bedeutung als Wertschöpfung) als irreführend, da dies ein quantitatives Konzept sei, das in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in der Statistik eindeutig belegt ist, während hier damit ein qualitatives Element bezeichnet werden soll (in der deutschen Fassung wurde aus eben diesem Grunde "value added" mit "zusätzlicher Nutzen" wiedergegeben).

Er spricht sich für Techniken aus, die nicht auf den reinen Preiswettbewerb abzielen, betont jedoch die Notwendigkeit, der Preisfestsetzungspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie sollte mit dem speziellen Status der Bank am Markt und seinen Anforderungen in Einklang stehen. Dabei sei Flexibilität hier wie auf anderen Gebieten ein essentielles Element.

Auf den Einsatz "nicht-bilanzwirksamer Mechanismen", möchte er, solange noch keine konkreten Vorschläge vorliegen, noch nicht eingehen.

In der Frage der Sicherheiten spricht er sich für eine flexible Politik aus. Wenn ein Minimalniveau festgesetzt wird, so sollte seiner Ansicht nach jede Garantie über diesem Niveau im Prinzip akzeptabel sein. Die Garantie sollte auf die Bilanz und die Substanz der Gesellschaft abstellen, die als Bürge fungiert, und zwar unabhängig davon, ob sie eine Tochtergesellschaft ist oder nicht.

Herr DE VRIES betrachtet das Papier als eine sinnvolle Ausgangsbasis für eine eingehende Diskussion, die den Vorschlägen für die Kapitalerhöhung vorangehen sollte und nach der das Timing für diese Vorschläge leichter festgelegt werden könnte.

Er stellt fest, daß die Frage der Subsidiarität, die keineswegs mit der umfassenderen Frage der Rolle der Bank gleichzusetzen sei, bereits an früherer Stelle im Verlauf der Sitzung angeschnitten worden ist. Eine Institution, die nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung stelle, müsse an ihre Mittelvergabe sehr strikte Maßstäbe anlegen, während man dort, wo keinerlei Förderelement aufgrund des Einsatzes staatlicher Mittel gegeben ist, durchaus jedes nur mögliche Projekt akzeptieren könne. Die Frage hängt also vom Grad der Vorzugstellung ab, worauf Herr JONKHART (im Zusammenhang mit dem DSM-Projekt, Punkt 6.13.) bereits hingewiesen hat. Daher sehe er eine enge Verbindung zwischen der Frage der Subsidiarität und des Betrags des einzuzahlenden Kapitals. Wenn sich die Bank um einen hohen Betrag an eingezahltem Kapital bemühen sollte, so würde sie um so stärker gezwungen sein, nachzuweisen, daß sie Aufgaben erfüllt, die sonst niemand erfüllen könne. Angesichts ihrer starken Position könne die Bank allerdings vielleicht sogar völlig von einer weiteren Aufstockung des eingezahlten Kapitals absehen.

Dagegen glaube er nicht, daß eine ebenso enge Verbindung in der Frage des gezeichneten Kapitals besteht. Wenn ein höheres Garantiekapital verlangt wird, so wäre er unter rein haushaltswäßigen Gesichtspunkten nicht sehr besorgt, da die bereits vorhandenen (über das eingezahlte Kapital hinausgehenden) 25 Milliarden ECU für eventuelle Garantiezwecke in jedem Fall als ausreichend anzusehen sind. Bei allen anderen vergleichbaren Banken sei das eingezahlte Kapital rückläufig: Sie sind immer weniger von Haushaltsmitteln abhängig und stützen sich mehr und mehr auf reines Garantiekapital und erhöhen gegebenenfalls sogar die auf das Kapital bezogenen Ausleihungsgrenzen. In dem Maße, in dem die Bank ein höheres Reifestadium erreicht, werde es deshalb seiner Ansicht nach immer weniger notwendig, auf der Subsidiarität zu bestehen.

Er erinnert an seine früheren Anregungen, daß man um Besicherungskonstruktionen zu vermeiden, die sich für die Bank als schwer durchführbar und für ihre Kunden als schwer verständlich erweisen, im Zusammenhang mit der Satzungsänderung für die Zwecke der Kapitalerhöhung diese Schwierigkeiten durch eine geeignete Neuformulierung ausräumen könnte.

Er warnt dagegen, die reine Tatsache, daß die EIB einem Unternehmen Finanzierungsmittel zur Verfügung stellt oder daß sie mit anderen Banken zusammenarbeitet oder daß sie vom Kunden her angesprochen worden sei, als Beweis dafür zu werten, daß hier Subsidiarität vorliege. Es gäbe einfach Projekte, bei denen seiner Ansicht nach die Mitwirkung der Bank nur sehr schwer zu vertreten sei.

Es sei jedoch für die Bank wichtig, eine gute Ertragslage aufrecht zu erhalten, um nachzuweisen, daß sie mit dem geringstmöglichen Vorteil arbeitet und daher ihre Operationen weiter ausdehnen könne.

Die Subsidiarität sei natürlich nicht die einzige Rechtfertigung für Finanzierungen der EIB: Es gäbe auch das, was er als politische Rechtfertigung bezeichne, z.B. bei Operationen zur Förderung des Umweltschutzes oder der Regionalentwicklung. Hier würde die Frage der Subsidiarität zunehmend an Bedeutung verlieren. Hier müsse man sich auch darüber im klaren sein, daß die Finanzierungen der Bank in diesen Bereichen verhindern können, daß umfangreiche Subventionen zur Verfügung gestellt werden, wo diese nicht gerechtfertigt sind, wie z.B. bei Infrastrukturinvestitionen mit hohem Ertragspotential. Die Bank leiste dadurch, daß sie sicherstellt, daß alternative Finanzierungsquellen zur Verfügung ständen, einen wertvollen Beitrag und sollte dies auch weiterhin tun.

Was die Erhöhung des Beitrags der Bank zu den Zielen der Gemeinschaft anbetrifft, so gehen diese "Brüsseler Prioritäten" über die Einheitliche Akte hinaus und schließen auch Fragen des internationalen Wettbewerbs bei der Auftragsvergabe, die viele Mitglieder des Verwaltungsrats als einen wichtigen Beitrag ansehen, sowie die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen ein.

Ferner sprach er sich für eine Einschaltung der Bank in einem möglichst frühen Stadium der Projekte aus sowie für die in der Unterlage erwähnte frühe Programmfinanzierungszusage, die jedoch noch eingehender geprüft werden müßte. Er sieht die "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen" in diesem Zusammenhang als ein Mittel dazu, eine frühere Einschaltung der Bank in ihren derzeitigen Tätigkeitsbereichen zu ermöglichen, z.B. in der Konzeptionsphase von Großvorhaben von europäischem Interesse.

Er wünscht ferner eine nähere Prüfung des Konzepts der "betroffenen Regierungen", d.h. das nicht nur die Zustimmung derjenigen erforderlich ist, in deren Hoheitsgebiet ein Projekt seinen Standort hat, sondern auch der übrigen, für die das Projekt gegebenenfalls von ebenso entscheidender Bedeutung sein kann: Er verlasse sich hier auf die Bank, daß sie auch die Zustimmung der letzteren einhole, um als eine wirklich europäische Institution gelten zu können. Da der Umfang der Operationen immer mehr europäische Dimensionen annimmt, und bei den Projekten eine immer größere gegenseitige Verknüpfung zu beobachten ist, sei es notwendig, sich der Zustimmung sämtlicher betroffenen Regierungen zu versichern.

Er sei nicht unmittelbar für eine Politik differenzierter Zinssätze, so wie sie in dem Papier aufgezeigt wird, glaube jedoch, daß diese Frage ernsthaft geprüft werden sollte, und zwar insbesondere, wenn eine frühere Einschaltung in die Projekte erreicht werden soll: Ein Aufschlag könnte dann den höheren durchschnittlichen Zeitaufwand der Mitarbeiter der Bank kompensieren. Er sei jedoch nicht für einen intensiven Preiswettbewerb: Die Bank könne und solle in der Lage sein, mehr zu geben als nur einen Basispunkt, und unter diesem Aspekt sei eine Zinsdifferenzierung nicht notwendig.

Was die Operationen außerhalb der Gemeinschaft anbelangt, so hält Herr DE VRIES fest, daß Europa nicht über das Äquivalent einer Institution wie der IDA mit ihrer strikten Konditionalität verfügt. Um Investitionen mit einer vergleichbaren Effizienz durchführen zu können, würde die Gemeinschaft etwas ähnliches benötigen. Dies könnte auch eine Antwort auf Bedürfnisse in Osteuropa und möglicherweise auch in Lateinamerika sein.

Herr MÜLLER-ENDERS unterstreicht, daß die Bank, die als eine Gemeinschaftseinrichtung geschaffen worden sei, um die Politik der Gemeinschaft zu unterstützen, auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Investitionsfinanzierung spielen sollte. Ihre Aufgaben würden sowohl innerhalb wie außerhalb der Gemeinschaft wachsen, und er könne sich den Kommentaren der vorangehenden Sprecher bezüglich der vorrangigen Ziele anschließen. Er ziehe jedoch, wo immer möglich, private Investitionen vor. Die Vorteile, die sich aus der privilegierten Situation der Bank ergeben, sollten an die Endbegünstigten weitergegeben werden. Der Erfolg der kostenbewußten und flexiblen Tätigkeit der Bank sollte an ihrem qualitativen Beitrag und nicht am Bilanzwachstum gemessen werden. Er teilt die Ansicht, daß nach 1992 ein verstärkter Wettbewerb von den Geschäftsbanken ausgehen wird. Er begrüßt die Möglichkeit der von der Bank anzubietenden Beratungsdienste, äußert dagegen Zweifel hinsichtlich der Zweckmäßigkeit von Kapitalbeteiligungen.

Der PRÄSIDENT bestätigt, daß die Bank, wie in Punkt 22 der Unterlage erwähnt, durchaus von anderen Finanzinstituten, die nach anderen Grundsätzen arbeiten, unterboten werden kann. Nach 1992 wäre die Bank nicht mehr in der Lage, in einen reinen Preiswettbewerb mit großen Geschäftsbanken einzutreten, die bereit sind, Verluste hinzunehmen, um bestimmte Abschlüsse zu tätigen. Wenn sie dagegen auf der Grundlage ihrer 30jährigen Erfahrung zusätzliche Dienste (einen so zu verstehenden "value added") bietet, so könne sie damit ihre Kunden auch weiterhin sinnvoll unterstützen. Dies bedeutet jedoch zugleich, daß die Bank auf längere Sicht auch ihre Personaleinstellungspolitik zu überprüfen haben wird.

Herr O'CONNELL begrüßt den vorgelegten Bericht und erklärt, daß er beabsichtige, vor der nächsten Verwaltungsratssitzung eine schriftliche Antwort einzureichen, die die einleitenden Diskussionen berücksichtigen und einigen Nachdruck auf bestimmte neue Politiken legen würde, die die Bank zugunsten der Regionen verfolgen könnte. Er sei mit einer angemessenen Erhöhung des Kapitals einverstanden, wobei er jedoch stets davon ausgehe, daß den regionalen Kompetenzen und Disparitäten die ihnen zukommende Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Herr EVANS begrüßt die Unterlage und regt an, daß die Analyse, ehe man in Überlegungen über eine Kapitalerhöhung eintritt, in folgenden drei Richtungen vertieft werden sollte: Eine quantitative Analyse der jüngsten Zunahme im Darlehensvolumen der Bank, die Prüfung der Frage, wie weit die Bank auf dem Wege fortfahren sollte, einen steigenden Anteil der Investitionen in der Gemeinschaft zu finanzieren, und schließlich Überlegungen bezüglich des wünschenswerten Umfangs der Expansion der Bank, um zu vermeiden, daß ihre Tätigkeit einfach dem Nachfragesog folgt.

Die rasche Zunahme der Darlehensgewährung der Bank in den letzten beiden Jahren geht seiner Ansicht nach unmittelbar auf die im Bericht genannten Faktoren zurück: Beitritt neuer Mitgliedsländer, Ausweitung der Einschaltungskriterien, Zinsanstiegserwartungen, Zunahme der Finanzierungen in bestimmten Bereichen und schließlich die Wettbewerbsfähigkeit der EIB. Was die Frage der Wettbewerbsfähigkeit anbetrifft, so greift er die von Herrn MÜLLER-ENDERS angeschnittene Frage auf und fügt hinzu, daß er zwar die Möglichkeit akzeptiere, daß die Bank unter reinen Preisaspekten von anderen Finanzmittlern unterboten werden könne, daß dies jedoch keineswegs die allgemeine Norm sei. Die Bank sei im allgemeinen in der Lage, Mittel zu günstigeren Konditionen aufzunehmen als der Privatsektor.

Dies führt seiner Ansicht nach zur zweiten Richtung, in der weitere Überlegungen für den Verwaltungsrat und die Gouverneure angestellt werden sollten. Sie betreffen den Anteil der Bank an den Investitionen, und in der Gemeinschaft und insbesondere an den privaten Investitionen, und zwar mit Blick auf den einheitlichen Finanzraum. Er sieht weder auf der Angebots- noch auf der Nachfrageseite eindeutige Mechanismen, die dafür sorgen würden, daß dieser Finanzierungsanteil steigt, sich stabilisiert oder zurückgeht. Daher sollte man sich überlegen, welcher Anteil der Investitionen in der Gemeinschaft von der Bank finanziert werden soll.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Herrn SARCINELLI zur Rolle der Bank bei der Finanzierung von KMUs stellt er fest, daß dies ein Bereich sei, in dem die Bank eindeutig einen "zusätzlichen Nutzen" stiften könne, und zwar selbst wenn sie sich dazu in gewissem Umfang von der Finanzierung größerer Unternehmen zurückziehen müßte, die dank des einheitlichen Finanzraums in der Lage sein würden, in zunehmendem Maße Fremdmittel direkt an den Kapitalmärkten aufzunehmen.

Er stimmt Herrn SARCINELLI in der Frage der Zinsfestsetzungspolitik zu, und regt an, daß die Bank die Bedingungen für ihre Darlehen stärker marktorientiert ausrichten sollte. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Anregung von Herrn DE VRIES bezüglich der Möglichkeit, eine Verbindung zwischen der Preispolitik der Bank und dem Wert der Sicherheiten, die ihr von privaten Darlehensnehmern geboten werden, herzustellen.

Er teilt die Vorbehalte von Herrn MÜLLER-ENDERS in der Frage der "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen", die seiner Ansicht nach zu einem späteren Zeitpunkt eingehend geprüft werden sollte.

Er habe die Ausführungen von Herrn DE VRIES über die Subsidiarität, die seiner Ansicht nach in einem engen Zusammenhang mit der Additionalität stehe, für sehr nützlich gehalten und bittet um eine weitergehende Analyse.

Insgesamt wünsche er somit folgende Informationen: Eine Analyse der Zunahme der Darlehenstätigkeit in den letzten Jahren. Einen Vergleich der Kosten, zu denen die Bank in der Lage ist Mittel aufzunehmen, mit denjenigen, die Anleihernehmer des privaten Sektors zu zahlen haben, und zwar, wenn sie entweder an Banken oder an die Kapitalmärkte selbst herantreten. Und drittens, mit Blick auf die Zukunft, Überlegungen dahingehend, wie weit es gerechtfertigt ist, daß die Bank einen zunehmenden Anteil der Investitionen in der Gemeinschaft finanziert.

Der PRÄSIDENT stimmt diesen Vorschlägen zu und stellt fest, daß die Bank darüber hinausgehend auch auf regionale Unterschiede im Zuwachs bei der EIB eingehen würde.

Herr CONTHE äußert seine Anerkennung über die vorgelegte Unterlage, wünscht jedoch noch zusätzliche Informationen über einige der Punkte, die darin angeschnitten wurden, z.B. die "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen". Er betont die Bedeutung des Konzepts des "zusätzlichen Nutzens" für die Tätigkeit der Bank, das als ein "Markenzeichen" für die Bank angesehen werden sollte, und ist der Ansicht, daß es in enger Beziehung mit der Subsidiarität steht. Die Bank könne eine kritische und technische Prüfung von Projekten auf einer ex-ante-Basis bieten. Sie sollte dabei jedoch darauf achten zu vermeiden, sich in Teilen größerer Projekte zu engagieren, die für sich allein gesehen tragfähig erschienen, wenn diese größeren Projekte insgesamt nicht durchführbar seien.

Seiner Ansicht nach lassen sich aus dem vorliegenden Bericht verschiedene Schlußfolgerungen ziehen. Erstens sollte die Bank nicht versuchen, mit den Investitionen in der Gemeinschaft Schritt zu halten, sondern sich an ihre grundlegenden Ziele halten. Er betont die Bedeutung der Regionalentwicklung als des überragenden Zieles, da hier das Prinzip der Subsidiarität am besten angewandt werden könnte und weil dies der Punkt sei, in dem sich die Bank wirklich von anderen internationalen Finanzinstituten unterscheidet.

Er hält es für durchaus berechtigt, daß die Bank für ihre Darlehen die bestmöglichen Konditionen bietet, um auf diesem Wege ihre höhere Konditionalität zu kompensieren. Die privilegierte Position der Bank (keine Dividendenzahlungen, Steuerfreiheit) könnte auch auf der Basis ihrer strikteren Darlehensvergabeprinzipien gerechtfertigt werden.

Was die Politik der Bank in der Frage der Sicherheiten anbetrifft, so sollte diese sorgfältig geprüft werden, da die Bank im Gegensatz zu anderen internationalen Finanzinstituten bei Projekten innerhalb der Gemeinschaft kein Länderrisiko zu tragen habe. Es bestehe somit ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der gründlichen Projektprüfung und der Politik, höchste Ansprüche an die Sicherheiten zu stellen.

Globaldarlehen seien zwar ein gutes Instrument, um Investitionen der KMU zu fördern, doch bestehe hier eindeutig das Risiko, daß die Projektevaluation lockerer gehandhabt wird, da diese Aufgabe an die zwischengeschalteten Institute delegiert werden muß. Dies könnte seiner Ansicht nach die Vorteile der Globaldarlehen aufheben. Die Bank sollte im übrigen das zwischengeschaltete Institut so überwachen, daß sie die genaue Zinsspanne kennt, die dem Institut verbleibt, und stets sicher gehen kann, daß das Institut die Projektbeurteilungsgrundsätze der Bank einhält.

Herr SAMUEL-LAJEUNESSE ist mit den in dem Bericht aufgeführten drei Hauptzielsetzungen für die Tätigkeit der Bank einverstanden und betont die Notwendigkeit, daß sich die Bank auch weiterhin im Energiesektor einschaltet, um im Hinblick auf mögliche Engpässe, die sich in der Zukunft ergeben könnten, besser gerüstet zu sein.

Seiner Ansicht nach bleiben eine ausgewogene regionale Entwicklung und die Verbesserung der Umweltbedingungen grundlegende Ziele für die Tätigkeit der Bank. Die Bank verfüge über eine reiche Erfahrung, die sowohl unter mikro- wie makroökonomischen Gesichtspunkten auch anderen Finanzierungsinstrumenten der Gemeinschaft zugute kommen könne.

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im allgemeinen und der Industrie der Gemeinschaft im besonderen ist als eine weitere Hauptaufgabe zu sehen, mit der sich die Bank in naher Zukunft befassen müsse. In diesem Sinne sei die Förderung von KMUs von grundlegender Bedeutung und Globaldarlehen erschienen als ein ideales Instrument, und zwar nicht nur um dieses Ziel zu erreichen, sondern auch um eine gute laufende Kooperation mit nationalen Finanzinstituten sicherzustellen.

Der "zusätzliche Nutzen" der Bank könnte und sollte durch umfangreichere Aktivitäten in bestimmten Gebieten, wie beispielsweise Förderung des Ecu oder hochentwickelte Finanzdienstleistungen, gesteigert werden. Die Bank könnte auch eine wichtige Rolle beim Management von Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken für ihre Kunden spielen. Er stimmt mit seinen Kollegen dahingehend überein, daß die Bank die einzige Finanzinstitution der Gemeinschaft mit einer soliden Erfahrung in der Projektfinanzierung ist.

Seiner Ansicht nach wäre es sehr interessant und nützlich, eine offene Diskussion über die "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen" zu führen, und erwähnt in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, im Sinne der Securitization bestimmte Bankdarlehen in Ecu in handelbare Titel umzuwandeln und damit eventuell einen neuen Markt zu schaffen und dadurch bestimmte Bankoperationen ohne zusätzlichen Kapitalbedarf finanzieren zu können.

Ein Wettbewerb mit dem privaten Finanzsektor sei sowohl für den Finanzsektor wie für die Bank von Nutzen. Folgende Punkte seien für die künftige Untersuchung dieser Frage von besonderer Bedeutung:

- eine qualitative und quantitative Prognose der Tätigkeit der Bank in der näheren Zukunft,
- die Anwendung klassischer privater Finanzkennzahlen auf die Bank, zwar nicht um daraus Schlußfolgerungen zu ziehen, sondern um sehen zu können, in welcher Position sich die Bank in Bezug auf andere private Finanzinstitutionen befindet.

Er stimmt seinen Vorrednern bezüglich der Verantwortung der Bank mit Blick auf osteuropäische Länder zu. Er greift Herrn SARCINELLIs Bemerkung über eine mögliche "Entwicklungsbank für Osteuropa" auf und betont, daß die Bank zumindest an einer solchen Institution beteiligt sein, wenn nicht gar die volle Kontrolle haben sollte. Neue ergänzende Finanzinstrumente sollten auch in der Maghreb-Region eingesetzt werden, wo es sich um Länder mit großen Infrastrukturdefiziten und demographischen Ungleichgewichten handelt.

Der PRÄSIDENT stellt fest, daß verschiedene Fragen, die von Herrn SAMUEL-LAJEUNESSE in seinem Brief gestellt wurden, bereits behandelt worden sind, weist jedoch vorsorglich darauf hin, daß nicht alle seine Fragen mit einem schlichten "ja" beantwortet werden könnten. Dies gelte vor allem für die Vorstellung, daß die Bank eine umfassendere Deckung für die Wechselkursrisiken ihrer Kunden übernehmen könnte. Das Problem für die Bank liege darin, aus der Vielzahl der verschiedenen Beiträge in der Debatte einen gangbaren Weg für alle zu finden.

Herr COSTA begrüßt das vorgelegte Papier als einen sehr guten Ausgangspunkt für Überlegungen über die Zukunft der Bank, gibt jedoch zu bedenken, daß darin zwei Elemente nicht ausreichend berücksichtigt worden seien: Zum einen die Tatsache, daß die erste Phase der Währungsunion zum Zeitpunkt der Beschlußfassung über die nächste Kapitalerhöhung bereits angelaufen sein wird, und zum anderen die neuen Entwicklungen in Europa, insbesondere in Osteuropa. Hier bahnen sich wesentliche Veränderungen an, und es müsse geprüft werden, welche Rolle die Bank in diesem evolutionären Prozeß spielen soll.

Er begrüßt die in der Vorlage enthaltene Analyse des jüngsten Wachstums der Tätigkeit der Bank und die sehr gute Ertrags- und Rücklagensituation, die es vielleicht sogar erlauben könnte, eine Kapitalerhöhung ohne größere Einzahlungen seitens der Regierungen durchzuführen. Diese und andere Faktoren, wie etwa das weiterhin bestehende AAA-Rating, sprächen für das gute Management, seien aber auch auf die Unterstützung zurückzuführen, die der Bank bei ihrer Zusammenarbeit mit anderen Gemeinschaftsinstrumenten zugute komme (Risikokapital, Garantien zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts, Zinsvergütungen und EEF).

Auch die Ausführungen über neue Banktechniken, über finanzielle Beratungsdienste und die Anpassung der Verfahren, um es den Unternehmen zu erleichtern, den Wettbewerb in zunehmend komplizierter werdenden Finanzmärkten zu bestehen, finden seine Zustimmung.

Nach Ansicht von Herrn COSTA hat das Papier jedoch nicht die strukturellen Veränderungen in der realen Wirtschaft berücksichtigt, die sich im System der Europäischen Gemeinschaft entweder spontan aufgrund des Wettbewerbs oder durch politische Maßnahmen induziert ergeben werden: Größere wirtschaftliche Konvergenz, größere Flexibilität in der Produktion (verringertes Einsatz von Wechselkursinstrumenten) und größere Produktivität. In diesem letzteren Bereich verfüge die Bank über komparative Vorteile zur Erleichterung von Produktivitätsverbesserungen in Ländern, die bisher durch eine endemische oder strukturell höhere Inflation als anderswo gekennzeichnet waren. Auch die Defizite der öffentlichen Haushalte könnten sich verringern, was einen Nachfrageausfall bedeuten würde, der eine größere Dynamik im privaten Sektor erforderlich machen würde, wobei wiederum die Bank eine Rolle spielen könnte. Das Darlehensvolumen der Bank belaufe sich jedoch bereits jetzt auf etwa ein Viertel des Haushaltsvolumens der Gemeinschaft, was ihrer Tätigkeit durchaus makroökonomische Dimensionen gibt. Ein derartiges Volumen an Ressourcenmobilisation könnte durchaus Übergangsprobleme im ersten Stadium der Währungsunion erleichtern.

Herr COSTA zitiert dann zwei Grundsätze, die seiner Ansicht nach der Bank bei der Ausarbeitung ihrer Strategie für die kommenden fünf Jahre helfen werden: Subsidiarität und Flexibilität. Das erste Stichwort bedeute, daß eine Institution nicht Tätigkeiten auf sich konzentrieren sollte, die besser anderswo erfüllt werden können. D.h. die Bank solle Unternehmen, die direkten Zugang zu den Finanzmärkten haben, eine geringere Priorität und dafür Fördergebieten und der Regionalpolitik eine höhere Priorität einräumen.

Die Förderung der Regionalentwicklung und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sind für die erfolgreiche Verwirklichung der ersten Phase der Währungsunion erforderlich, und die Bank habe eine wesentliche Rolle im Bereich der in diesem Zusammenhang erforderlichen privaten Investitionen zu spielen, da hierbei Transferzahlungen aus öffentlichen Mitteln allein nicht ausreichen werden.

Was die Flexibilität anbetrifft, so begrüßt er die Idee, daß die Bank ihre Darlehensbedingungen diversifiziert, und noch mehr, daß alternative Finanzierungsmechanismen, z.B. die "außerhalb der Bilanz zu schaffende Einrichtung" in Betracht gezogen werden. Für letztere habe er eine Reihe von Vorschlägen, wobei im übrigen noch zu prüfen bleibe, ob dies eine Schwesterorganisation oder eine Tochter werden soll.

Das wichtigste Element sollte die Flexibilität in der Verwaltung dieser neuen Einrichtung sein, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Besicherungsfrage. So sei z.B. die IFC in der Lage, ohne irgendwelche Garantien eine gesunde Ertragsrate auf ihre Aktiva zu erzielen. Zweitens würde er es vorziehen, daß diese Einrichtung weniger eine Investitionsbank und mehr eine Entwicklungsbank werden sollte. Drittens sollte sie in enger Verbindung mit den nationalen, regionalen und lokalen Entwicklungsbanken stehen, um hier ein Element der Subsidiarität zu bieten, wo sich dies als notwendig erweist. Schließlich sei zu hoffen, daß diese Einrichtung in der Lage sein werde, Mittel an den Finanzmärkten insbesondere im mittelfristigen Bereich aufzunehmen.

Er möchte auch zusammen mit anderen Mitgliedern des Verwaltungsrats die Möglichkeiten z.B. auf dem Gebiet der Risikokapitalfinanzierungen erörtern, und zwar mit Blick auf die kommenden Verhandlungen über das Abkommen von Lomé. Das Konzept des Risikokapitals sollte seiner Ansicht nach überprüft werden, und zwar in dem Sinne, daß darunter stärker nicht vollbesichertes Kapital verstanden wird. Dies bedeute natürlich eine entsprechende Lockerung der Garantiekonditionen.

Zweitens sieht er eine Rolle für die neue Einrichtung im Bereich der Darlehen zu Vorzugskonditionen ("soft loans"). Eine solche Einrichtung nach dem Muster der IDA oder der IFC innerhalb der Gemeinschaft würde nützlich sein.

Bei der Unterstützung der KMUs habe die Bank deutliche Impulse durch das NGI erfahren, das allerdings zur Zeit nicht mehr zur Verfügung stehe. Man könnte sich jedoch eine NGI-Fazilität vorstellen, die speziell mit Blick auf diese neue Einrichtung konzipiert wird, die ihrerseits auf die Bedürfnisse der KMUs ausgerichtet wäre.

Zwei weitere Tätigkeitsbereiche, in denen die neue Einrichtung eingesetzt werden könnte, sind der Umweltschutz und der Verkehrssektor.

Herr COSTA hofft, daß die in Prüfung befindlichen Elemente in einem zweiten Papier zusammengefaßt werden können, um eine breitere Diskussion zu ermöglichen.

Was die Entwicklungen außerhalb der Gemeinschaft anbetrifft, so stellt Herr COSTA fest, daß das Problem für die Kommission bei der Durchführung des ihr vom Pariser Gipfel erteilten Auftrags zur Koordinierung der Unterstützung für osteuropäische Länder nicht mehr eine Frage der Quantität sondern der Qualität und der Identifikation von geeigneten Einschaltungsbereichen sowie der Art der strukturellen Anpassungshilfe sei. Er hoffe, daß die Bank direkt in die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem IWF und der Weltbank assoziiert werden könne, da sie Mittel in einem Umfang verfügbar machen kann, der nicht weit hinter dem zurückbleibt, was die Weltbank zur Verfügung stellen soll.

Er greift Herrn SARCINELLI'S Bezugnahme auf die Rede von Präsident Mitterand auf, in der die Idee einer neuen Europäischen Bank zur Unterstützung osteuropäischer Länder ausgesprochen wurde. Auf jeden Fall sollte die EIB rasch handeln, um unter Zuhilfenahme der Garantie aus dem Gemeinschaftshaushalt Investitionen in Polen und Ungarn zu finanzieren, und die Kommission bei der Definition der sektoralen Prioritäten und der Strukturanpassungsbedürfnisse zu unterstützen sowie den privaten Sektor in diesen Ländern zu fördern.

Herr VANORMELINGEN weist darauf hin, wie sich die Bank bisher an Veränderungen im wirtschaftlichen und finanziellen Umfeld angepaßt hat, um ihre Rolle im Hinblick auf die folgenden wichtigen Ziele der Gemeinschaft erfüllen zu können: Regionalentwicklung, Verbesserung der Umwelt, Ausbau der Infrastruktur und Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit.

Seiner Ansicht nach sollte sich die Bank auf ihre Tätigkeit innerhalb der Gemeinschaft konzentrieren und nicht Aufgaben der Weltbank, der IDA oder anderer regionaler Entwicklungsbanken übernehmen. Dies würde die Bank nicht daran hindern, mit diesen Institutionen in Gemeinschaftsfinanzierungen zusammenzuarbeiten, und zwar bei Operationen aus eigenen Mitteln sowie aus Mitteln, die sie im Auftrag der Kommission vergibt und verwaltet.

Er betont das Konzept der Subsidiarität und die Notwendigkeit, im Hinblick auf die kommende Kapitalerhöhung die Einschaltungsgebiete klar zu definieren. Er schließt sich anderen Vorrednern dahingehend an, daß eine eingehende Analyse in der Frage des Wettbewerbs mit privaten Finanzinstituten notwendig ist, stellt jedoch gleichzeitig fest, daß die Bank eine aktive Rolle spielen sollte und sich darum bemühen müsse, ihre Vorteile an ihre Kunden weiterzugeben.

Er stimmt mit verschiedenen Vorrednern dahingehend überein, daß die Bank sich in einem frühen Stadium in die Projekte einschalten und dabei ihre technische Erfahrung einbringen sollte, und zwar insbesondere bei dem zu erwartenden zunehmenden Volumen an Operationen in Ländern außerhalb der Gemeinschaft.

Er bevorzuge einen qualitativen Ansatz bei den Einschaltungen der Bank und könne sich den Ausführungen zur Besicherung der Operationen der Bank weitgehend anschließen.

Zur Schaffung eines nicht-bilanzwirksamen Mechanismus könne er sich noch nicht äußern; der Vorschlag müsse erst näher geprüft werden.

Herr ZACHARIADIS äußert sich anerkennend über die Unterlage und ist mit den darin aufgezeigten Zielen einverstanden, wobei er jedoch gleichzeitig den Ausführungen von Herrn COSTA bezüglich der in der Unterlage nicht behandelten Aspekte zustimmt. Er begrüßt insbesondere die Aussage, daß die ausgewogene regionale Entwicklung das wichtigste Ziel für die Darlehensgewährung der Bank ist, und stimmt der Bemerkung zu, daß dies das Gebiet sei, in dem das Prinzip der Subsidiarität am besten angewendet werden könnte und sollte.

Er weist jedoch gleichzeitig auf die zunehmende Verringerung der Attraktivität der Bank in bestimmten Mitgliedsländern, insbesondere in Griechenland, hin. Er bittet um eine Erklärung für den rückläufigen Anteil der Bank an der Investitionsfinanzierung in diesem Lande. Der qualitative "zusätzliche Nutzen", um den sich die Bank bemüht, könnte seiner Ansicht nach eine Möglichkeit sein, hier eine Lösung zu bringen, indem zusätzliche Leistungen bei Auswahl, Prüfung und Überwachung von Projekten geboten werden.

Herr MORENO dankt für das vorgelegte Dokument und betrachtet die verschiedenen darin enthaltenen Ideen als eine Grundlage für die weiteren Diskussionen über die Rolle der Bank.

Er nimmt mit Interesse Kenntnis von dem Konzept des "zusätzlichen Nutzens" und der Möglichkeit, daß die Bank mit ihrer großen Erfahrung Projektträgern und europäischen Investoren bei der Finanzplanung und der Projektvorbereitung behilflich ist. Für bedenklich hält er jedoch die Idee, die Kosten solchen Leistungen durch die Festsetzung unterschiedlicher Zinssätze zu decken. Die Erhebung einheitlicher Zinssätze sei ein wichtiger geschäftspolitischer Grundsatz der Bank.

Er bittet um nähere Erläuterungen darüber, welches mittelfristige finanzielle Engagement sich bei der Einschaltung der Bank in die Finanzplanung und Projektvorbereitung ergeben könnte.

Er betont die Bedeutung der Globaldarlehen bei der Förderung der KMUs. Diesen Unternehmen würde insbesondere im kommenden Prozeß der Internationalisierung und der industriellen Konzentration eine wirtschaftliche Schlüsselrolle zukommen.

Schließlich bittet er um nähere Informationen über die Idee der sogenannten "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen", die er für sehr wichtig hält.

Herr BRANTNER bittet ebenfalls um nähere Aufklärung über die "nicht-bilanzwirksamen Mechanismen" und fragt sich, ob dabei an die Schaffung einer europäischen IDA oder IFC gedacht sei. Er bittet ferner um Zahlenangaben, anhand deren sich die aus der privilegierten Situation der Bank (keine Steuerpflicht, keine Dividendenzahlungen) gegenüber Geschäftsbanken ergebenden Wettbewerbsvorteile beurteilen lassen. Er fragt sich, ob die Bank diese Vorteile ihren Kunden zugute kommen läßt und ob die Kosten der Darlehen der Bank steigen würden, wenn sie gezwungen wäre, unter gleichen Voraussetzungen im Wettbewerb zu bestehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt der PRÄSIDENT allen Diskussionsteilnehmern für ihre Ausführungen und bittet die Verwaltungsratsmitglieder, etwaige weitere Anregungen schriftlich einzureichen. Diese würden bei der Ausarbeitung der nächsten Vorlage über dieses Thema berücksichtigt. Wie von Herrn ZACHARIADIS vorgeschlagen, sollen dabei die Grundlagen der Kapitalerhöhung erörtert und erste Zahlen vorgelegt werden. Der PRÄSIDENT greift ferner eine Anregung von Herrn DE VRIES auf, wonach schriftliche Beiträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit deren Einverständnis an die anderen Mitglieder des Verwaltungsrats weitergeleitet werden sollen.